

SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 225

Wirtschaftspolitische Herausforderungen für 2025

Handel, Industrie, Investitionen: IMK-Direktor Sebastian Dullien diskutiert die wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Jahres 2025.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 6. Januar 2025. Willkommen zur 225. Ausgabe von Systemrelevant. Das ist kein Scherz. Wir haben das tatsächlich so hingekriegt.

Mein Name ist Marco Herack und ich glaube, ich habe noch nie einen Jahreswechsel erlebt, der mit so viel Pessimismus begangen wurde wie der von 2024 auf 2025. Ich habe just heute noch Mails bekommen, in denen mir Leute geschrieben haben, dass sie ganz pessimistisch an das Jahr rangehen und dann das Beste hoffen. Also die Stimmung. Vielleicht auch insbesondere in Deutschland. Aber ich glaube, das ist nicht nur in Deutschland so, ist richtig schlecht. Das ist mein Eindruck. Was meinst du? Täuscht mich da meine Wahrnehmung oder geht es dir ähnlich?

Sebastian Dullien:

Nee, mir geht es schon ähnlich. Also die Stimmung ist nicht gut und wir hatten ja kurz vor Weihnachten noch über unsere letzte Konjunkturprognose geredet. Die ist ja auch nicht gut gewesen fürs kommende Jahr oder für dieses neue Jahr, aber auch nicht katastrophal. Die Stimmung ist noch mal ein Stück schlechter und ich glaube, das hat damit zu tun, dass man den Eindruck hat, dass bestimmte Fundamente unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft gerade unter Beschuss sind oder wegbrechen könnten und dass möglicherweise das dicke Ende dieser Stagnationsphase, die wir jetzt seit ein paar Jahren erleben, dass das noch kommt.

Marco Herack:

Es ist aber auch ein Wahlkampf, glaube ich, der aktuell bisher eher alles schlecht sieht und redet und wenig Perspektive aufzeigt. Auch das schlägt ja auf die Stimmung.

Sebastian Dullien:

Ja, wobei ich bin mir noch nicht mal so sicher, ob ich das so unterschreiben würde, dass da alles schlechtgeredet wird. Ich habe eher den Eindruck, dass über die wirklich relevanten Themen zu wenig geredet wird und dafür über irgendwas anderes, was eben nicht so wahnsinnig relevant ist.

Marco Herack:

Das war Sebastian Dullien, Direktor des IMK, also des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans-Böckler-Stiftung, mit dem ich mich heute über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Jahres 2025 unterhalten werde.

Vorweg wie immer an unsere Hörerinnen und Hörer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de antickern. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden.

In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Da wären aktuell zwei und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr uns in eurem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Also 2025. Ich habe ja schon gesagt, Wahlkampf ist auch gerade am Laufen. Der wird jetzt auch recht schnell vorbei sein im Grunde, weil am 23. Februar wird gewählt. Weihnachten war es glücklicherweise etwas ruhiger. Da hat man sich dann eher mit Ausländern beschäftigt, die eine Meinung zu Deutschland haben. Aber die wirtschaftspolitischen Herausforderungen macht das ja nicht kleiner, Sebastian. Ihr macht das jedes Jahr. Ihr veröffentlicht ein Paper, in dem drinsteht: Das ist das, was uns dieses Jahr beschäftigen sollte. Was ja nicht heißt, dass es dann auch im Fokus steht.

Sebastian Dullien:

Genau das ist eine der regelmäßigen Publikationen, die wir im IMK haben. Immer Anfang Januar erscheint dieser Report. Das hat natürlich ein bisschen Vorlauf. Wir schreiben da schon ab Oktober dann dran oder überlegen uns, was wir aufschreiben. Und wir stellen ihn dann immer, so in der ersten Woche, wo wieder das Geschäft in Berlin losgeht, stellen wir den Bericht immer vor.

Marco Herack:

Also passend, wenn die Leute am meisten zu tun haben nach den Feiertagen.

Sebastian Dullien:

Das ist ja nicht bei allen so. Normalerweise war es so, dass es langsam anläuft. Und man muss auch dazu sagen: Heute, wo wir aufnehmen, da haben ja bestimmte Bundesländer auch noch Feiertag. Also es läuft in Teilen der Republik nicht ganz so heftig an wie in anderen.

Marco Herack:

Allerdings habt ihr euch dieses Jahr sehr viel vorgenommen, weil ihr seid da sehr grundsätzlich herangegangen, was ja auch ein bisschen die aktuellen Diskussionen widerspiegelt, die wir erleben. Also das fängt dann an mit Deutschland in einer geostrategisch veränderten Welt, und ich glaube, das ist es auch. Also über die Politik kommen sehr viele Veränderungen an uns herangetragen. Manche hat man sicherlich schon sehen können in den Jahren zuvor, aber jetzt wird es akut, jetzt wird es brennend. Und da wird auch Donald Trump eine Rolle spielen, der neue US-Präsident ab 20. Januar.

Sebastian Dullien:

Ja, das ist uns ganz wichtig. Wir haben den Eindruck, dass ich habe es eben ja schon gesagt, dass in Deutschland oft die falschen Sachen jetzt diskutiert werden. Also ob Bürgergeld-Empfänger vielleicht 10 € zu viel im Monat kriegen oder ob da an der einen oder anderen Stelle die falschen Menschen eingewandert sind oder ob man vielleicht Überstunden steuerfrei stellen sollte oder solche Geschichten. Aber tatsächlich, nach unserer Interpretation zeigen die Daten und das, was wir die letzten Jahre gesehen haben, die deuten darauf hin, dass da was Fundamentaleres ist und dass es nicht darum geht, dass der Sozialstaat ein bisschen zu groß ist oder die Löhne zu stark gestiegen sind, sondern dass wir zunehmend unter Druck geraten aus verschiedenen Richtungen. Durch die geökonomische Umgebung. Und ich

glaube, das werden wir jetzt auch nach dem Amtsantritt von Donald Trump am 20. Januar noch mal verschärft sehen. Ich glaube, man kann sehr viele Schwierigkeiten, die wir haben in der deutschen Wirtschaft darauf zurückführen. Wenn man aber jetzt Lösungen sucht, die eben das vernachlässigen, dann wird das aus unserer Sicht der deutschen Wirtschaft nicht helfen, gleichzeitig möglicherweise andere Probleme noch schlimmer machen. Und deshalb weisen wir da so deutlich darauf hin.

Marco Herack:

Fangen wir mal vorne an: Was ist denn das deutsche Geschäftsmodell? Und vor allen Dingen warum nennt man es Geschäftsmodell? Und warum braucht ein Staat ein Geschäftsmodell?

Sebastian Dullien:

Wenn du es so auseinanderklamüsert, dann ist es natürlich nicht das Geschäftsmodell des Staates Deutschland, sondern das Geschäftsmodell der deutschen Unternehmen und der deutschen Wirtschaft als Ganzes. Denn in den Unternehmen hängen ja auch die Arbeitnehmenden dran, die dort ihr Einkommen erwirtschaften. Und der Staat nimmt dann von denen gewisse Steuereinnahmen ein. Und wenn man das so jetzt seit der Jahrtausendwende sich anguckt, da hat Deutschland zunehmend eben in bestimmten Branchen und bestimmten Bereichen sehr hochwertige Güter exportiert und davon auch immer mehr exportiert, gleichzeitig günstig Bauteile und Vorprodukte aus bestimmten anderen Ländern eingeführt. Und insgesamt hat man so ein ganz robustes Reallohnwachstum hinbekommen und es ging uns eigentlich ganz gut.

Wenn ich auf die Branchen das runter breche, dann waren das vor allem Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugteile, Maschinenbau, Chemie und Pharma. Das sind so die Branchen, wo deutsche Unternehmen mit deutschen Beschäftigten oder Beschäftigten aus Deutschland eben produziert haben, und Einkommen erwirtschaftet haben. Dann gibt es da noch verschiedene Phasen. Das Ganze ging im Jahr 2000 los, da war es vor allem ein Exportboom. Da ist die Binnenwirtschaft kaum gewachsen, da hat Deutschland zunehmend auch Außenhandelsüberschüsse erwirtschaftet, auch immer wachsende Außenhandelsüberschüsse. Das sind übrigens auch Ungleichgewichte gewesen, die nach Ansicht einiger dann später auch zur Eurokrise beigetragen haben.

Und dann hatten wir ein Jahrzehnt, etwa seit der Weltfinanzkrise 2009, 2010 bis 2019, wo nicht nur die Exporte ordentlich wuchsen, sondern gleichzeitig auch die Löhne in Deutschland wieder gut gestiegen sind. Und darum hatten wir dann auch noch wachsende Binnennachfrage. Und das war eigentlich so ein goldenes Zeitalter, kann man fast sagen, jetzt mit Rückblick. Das ist da ziemlich gut gelaufen und jetzt sind diese Sachen unter Druck, weil dieser Exportmotor so nicht mehr funktioniert. Aber aus unserer Interpretation nicht, weil die Deutschen zu faul geworden sind oder zu wenig arbeiten oder nicht mehr innovativ sind, sondern weil es da eben diese geostrategischen / geoökonomischen Kräfte gibt, die an Deutschland zerrren oder an Deutschlands Marktposition zerrren.

Marco Herack:

Ist das denn eine ernsthafte Diskussion, die geführt wird, dass der Deutsche zu faul ist?

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube schon, denn wir lesen das in Zeitungen. Es wird ja immer gesagt: Die Deutschen müssen mehr arbeiten. Das ist auch, glaube ich, eine Wirtschaftsweise, die das sehr deutlich so gesagt hat. Und es gibt so eine E-Mail-Liste von deutschen Ökonominen und Ökonomen. Da sind vor allem von den Älteren einige sehr lautstark und beteiligen sich sehr stark. Und da wird auch ganz deutlich gesagt: Die Deutschen arbeiten einfach zu wenig, zu wenig Stunden im Jahr. Und sind auch nicht produktiv genug. Und das ist einer der Gründe, warum es uns so schlecht geht.

Marco Herack:

Was ja nicht verkehrt sein kann, wenn man sagt: Das ist einer der Gründe.

Sebastian Dullien:

Nur wenn man sich das wirklich mal anguckt, dann finde ich, hat das keine empirische Grundlage. Denn wenn du jetzt guckst, wie viele Stunden in Deutschland gearbeitet wird pro Menschen im erwerbstätigen Alter; ich finde, das ist eine vernünftige Art, das sich anzugucken, dann sind wir da gut im europäischen Mittelfeld. Jetzt kann man sagen, wenn wir alle in Europa mehr arbeiten würden, dann ginge es uns allen viel besser. Aber wenn ich dann die Frage stelle: Warum geht es jetzt den Spaniern im Moment besser? Warum wachsen die besser als Deutschland? Und dann weise ich darauf hin und stelle fest, dass das so ähnlich aussieht. Dann kann das für diese aktuelle Wachstumsschwäche eigentlich kein Grund sein.

Marco Herack:

Gut, dann verkneife ich mir jetzt mal den Scherz, dass die Spanier vorher vielleicht zu wenig gearbeitet haben. Das würde jetzt mancher sicherlich sagen.

Sebastian Dullien:

Dann würde ich die Empirie entgegenhalten, dass das nicht so ist.

Marco Herack:

Sehr gut! Aber es ist ja erstaunlich, dass das so einen großen Raum einnimmt, diese Debatte. Die Diskussion wird dann auch gerne noch mit jüngeren Leuten vermischt. Das Problem liegt aber woanders, sagst du, das Problem liegt im Grunde im Ausland. Wir haben Probleme mit dem Verkauf.

Sebastian Dullien:

Nach unserer Analyse ist das große Problem die wachsende Systemkonkurrenz zwischen China und den USA. Deutschland hat sehr gut davon profitiert, einmal von der Europäischen Union, von dem gemeinsamen Markt, aber dann auch, dass wir mehrere Jahrzehnte hatten, wo immer mehr Länder ins Welthandelssystem integriert worden sind, wo man sich eigentlich gedacht hat: Ja, wir, wir schaffen Regeln, die gelten für alle und probieren, möglichst fairen Handel zu haben. Kann man drüber streiten, ob das so tatsächlich umgesetzt war. Aber Deutschland ist auf jeden Fall davon profitiert.

Und jetzt sind wir in einer Situation, wo einerseits China sich vorgenommen hat, in bestimmten Schlüsselbranchen Weltmarktführer zu werden und auch durchaus

bisherige Platzhirsche zu verdrängen und gleichzeitig die eigene Abhängigkeit von Importen zurückzufahren. Das ist die sogenannte Made in China 2005 Strategie. Die haben die übrigens vor zehn Jahren ganz explizit so dargestellt. Und die Chinesen bemühen sich mit massiver Industriepolitik, ihre Unternehmen in diesen Branchen qualitativ, aber auch technologisch an die Spitze zu bringen.

Da gehört zum Beispiel eMobilität dazu. Die stärkere Unabhängigkeit vom Ausland ist ein erklärtes Ziel. Und nach der russischen Ukraineinvasion und den Sanktionen des Westens gegen Russland haben sich die Chinesen das sehr genau angeguckt und haben gesagt: Wir möchten auch nicht verwundbar sein und probieren deshalb, in strategischen Bereichen eben weniger abhängig zu sein von Importen. Das sieht man unter anderem daran, dass die deutschen Exporte nach China auch rückläufig sind, die letzten Jahre. In die USA sind sie noch gestiegen, nach China sind sie rückläufig.

Gleichzeitig haben wir die USA auf der anderen Seite, die erstens einen aufholen und ein Überholen von China unbedingt verhindern wollen. Die auch nicht möchten, dass China technologisch mit den USA aufschließt. Das hat auch militärische Gründe bei den USA. Und die USA hat auch Sorge darum, dass China eben Taiwan einnimmt und im Pazifik dann dominant wird. Und gleichzeitig ist ein Ziel der US-Regierung, Industriejobs und Industrieproduktion im Inland zu stärken. Und das haben sie mit dem Inflation Reduction Act auch probiert. Da haben wir auch schon hier häufiger drüber geredet. Achso, und dazu kommt noch, dass das die USA tatsächlich auch zunehmend probieren, anderen Unternehmen zu untersagen, Hochtechnologiegüter nach China zu exportieren. Bei den Ausrüstungen für die Chipproduktion haben wir das schon gesehen.

Und Deutschland steckt jetzt dazwischen. Die USA und China waren zwei der wichtigsten Wachstumsmärkte für die deutsche Wirtschaft. Und diese Konkurrenz da macht es einmal auf den beiden Märkten es für Deutschland schwerer. Aber es kann auch zu einer Situation kommen, dass die USA sagt Ihr dürft das und das nicht mehr nach China exportieren. Und wenn ihr es doch macht, dann kriegt ihr richtig Ärger im US-Markt. Das sind ja auch Dinge, die bei den Iransanktionen, da kann man ja stehen wie man zu möchte zu dem Nuklearabkommen mit dem Iran. Aber als die USA das dann gekündigt haben, haben die auch probiert über sogenannte Secondary Sanctions zu verhindern, dass die Europäer weiter mit dem Iran wie vorher Handel treiben. Und der Iran war jetzt wirtschaftlich nicht so wahnsinnig wichtig für Deutschland. Aber wenn es da um den chinesischen Markt geht, wird das echt kritischer. So und das ist eigentlich das Problem, was wir da jetzt haben.

Marco Herack:

Eine Sache würde ich vielleicht noch in Frage stellen, die du gerade gesagt hast. Du hast gesagt, in China haben wir jetzt einen rückläufigen Handel in den letzten Jahren erlebt. Also den würde ich nicht widersprechen. Aber ich glaube, der Grund ist nicht unbedingt, dass wir uns da im Systemwettstreit befinden, befinden wir uns auch. Aber einer der Gründe ist ja auch, dass China selber im Grunde nicht gewachsen ist in den letzten Jahren. Da gibt es zwar offizielle Zahlen, die werden aber von vielen Analysten und Ökonomen auch sehr in Zweifel gezogen. Man sieht, dass

es eine Deflation gibt im Land. Also da gibt es auch wirtschaftliche Gründe und das betrifft dann natürlich auch uns als großen Handelspartner und auch Produktionspartner im Lande.

Sebastian Dullien:

Ja, im Prinzip schon, aber die Exportentwicklung von Deutschland nach China ist schlechter, als man bei einer Stagnation der chinesischen Wirtschaft erwarten würde. Also wir haben jetzt die letzten Jahre. Ich habe das heute, wenn jemand auf Blue Sky ist, habe ich da eine Grafik zu gepostet. Wir haben die letzten Jahre seit etwa 2021 haben wir nominal rückläufige Exporte nach China. Also die deutschen Ausfuhren nach China fallen nicht nur inflationsbereinigt, nicht nur in Mengen, sondern auch wertmäßig. Das ist der erste Punkt. Das ist sehr ungewöhnlich. Selbst wenn ein Land total stagniert. Das haben wir auch bei anderen Ländern, die stagniert haben, so nicht gesehen.

Und das Zweite ist, wenn man sich die Zahlen anguckt, China Exporte oder Importe, beides kann man sich angucken, relativ zum Bruttoinlandsprodukt, dann ist die chinesische Wirtschaft in den letzten 10 Jahren oder 15 Jahren, sogar eigentlich seit der Finanzkrise seit 2010 elf zunehmend geschlossener geworden. Und jetzt kannst du sagen, es ist ein Stagnationsphänomen. Aber eigentlich ist es nicht das, was wir bei einer normalen Stagnation sehen. Das haben wir übrigens auch nicht in Deutschland gesehen in den frühen 2000ern, als wir eine längere Stagnation hatten. Es ist nicht so gewesen, dass Deutschland einfach auch weniger importiert und exportiert hätte in der Zeit.

Marco Herack:

Du gehst davon aus, dass China uns dann zusätzlich nicht unbedingt explizit blockt, aber guckt, dass seine Unternehmen eher genutzt werden als die deutschen Unternehmen. Aber einer der Gründe, warum das überhaupt möglich ist, liegt ja auch darin, dass sie technologisch dann doch einiges aufgeholt haben. Man sieht das bei den Autos, aber auch in anderen Bereichen. Und China hat ja dieses System ‚good enough‘ im Bereich der Produktion, also eine Ware. Ein Produkt ist so gut, dass es quasi einen ordentlichen Preis hat, hält nicht ewig, aber ist gut genug, um es zu kaufen. Früher waren das nur Turnschuhe, heute sind es halt auch Maschinen.

Sebastian Dullien:

Ja, das stimmt. Aber das ist schon tatsächlich auch ein Trend, der so die letzten zehn Jahre eingesetzt hat. Und man darf auch nicht übersehen das ist ein Trend, der massiv gefördert wird. Dass die jetzt technologisch aufgeholt haben. Und an sich ist daran ja auch nichts auszusetzen. Also ein Land, das technologisch aufholt. Das ist die eine Sache. Das Problem hier ist, dass das eben zum Teil mit massiven Subventionen und industriepolitischer Unterstützung stattfindet. Also wenn man sich anguckt, dass zum Teil chinesische Autohersteller, die erfolgreich sind, im zweiten Quartal jedes Auto mit 10.000 \$ Verlust verkauft haben und dann möglicherweise dafür sehr günstige öffentliche Kredite bekommen haben oder Steuerermäßigungen oder was auch immer, dann ist das etwas, womit man sehr schwer konkurrieren kann. Ich will mich jetzt nicht darüber auslassen, ob jetzt ein VW besser ist als ein BYD oder sowas oder wo da die Qualitätsunterschiede sind.

Marco Herack:

Also ich fahre regelmäßig BYD, ich kann sagen: Nein.

Sebastian Dullien:

Keine Qualitätsunterschiede sagst Du?

Marco Herack:

Also: Nein, der VW ist wesentlich besser.

Sebastian Dullien:

Ja, genau. Aber weißt du, wenn du eine staatliche Unterstützung kriegst, wo du das eine Auto dann eben entsprechend deutlich günstiger verkaufen kannst, dann wird es schwierig. Und ich meine, was da auffällig ist im chinesischen Automobilmarkt ist ja, es ist nicht nur Volkswagen, die da Probleme haben, sondern es sind auch andere westliche Konzerne, die eben nicht mehr wachsen oder schrumpfen oder Marktanteile verlieren. Und klar, jetzt kann man sagen, alle westlichen Konzerne sind irgendwie zu langweilig, zu langsam. Einschließlich Tesla vielleicht, aber möglicherweise steckt da was anderes dahinter. Und ich sag mal so rum. Die Erfahrungen, die wir bislang mit China hatten. Wenn die Regierung der Meinung ist, dass sie einen bestimmten Sektor, dass sie es eigentlich nicht mehr so gerne möchte, dass es da so viele Ausländer gibt, dann ja, da kann man eigentlich reichlich wenig dran machen als ausländischer Manager.

Marco Herack:

Ja gut, aber in diesem Mix ist ja dann die Frage, um auf uns zurückzukommen. Also das ist die Problemlage der deutschen Wirtschaft. Aber was kann denn da die Bundesregierung tun? Sie kann ja jetzt nicht nach China fahren und die deutschen Automobilhersteller da subventionieren. Das ist ein bisschen schwierig.

Sebastian Dullien:

Und das kann auch nicht die Lösung sein. Man muss sich nur eben klar machen, dass da draußen Dinge passieren können, die unschön für uns sind und die wir auch in anderen Branchen schon gesehen haben. Also die Frage ist ja, wie geht es weiter, wenn dann China.. Jetzt sind wir beim Beispiel der E-Autos. Wenn der heimische Markt in China gesättigt ist und die subventionierten Automobilhersteller die Autos in den Rest der Welt verkaufen und dadurch die westlichen Automobilhersteller pleitegehen.

Marco Herack:

Das sehen wir ja gerade.

Sebastian Dullien:

Sehen wir gerade dieses Problem. Und am Ende sind dann möglicherweise die großen Konzerne, die die Mobilität produzieren, nur noch in China ansässig. Und es gibt da tatsächlich auch ein ökonomisches Modell. Es gibt ein ganzes Buch dazu, das heißt: „Global Trade and Conflicting National Interests“ von Baumol und Gomory, und die haben so ein Modell gebaut und haben gesagt: Na ja, also nehmen wir mal an, es gibt Skaleneffekte, das heißt, wenn man größere Anlagen hat, größere Fabriken kann man günstiger produzieren. Wir haben so etwas wie Spillovers. Das heißt, wenn eine Firma technologischen Fortschritt hat, dann lernen auch die Firmen drumherum, die da in so einem Cluster regional sind, davon. Und

wir haben monopolistische Konkurrenz. Das heißt, die Produkte sind ein bisschen unterschiedlich und sind differenziert. Wenn man sowas hat und das sind jetzt Standardannahmen der Ökonomie mit ein paar Transportkosten, dann wird für einige der Schlüsselbranchen das Ergebnis sein, dass die nur noch in einer Handvoll von Standorten auf der Welt am Ende produziert werden. Und dort, wo sie produziert werden, hat man höhere Löhne, mehr Forschung und Entwicklung, mehr Steuereinnahmen. Da, wo sie nicht produziert werden, ist Wohlstand verloren gegangen. Und normalerweise, wenn niemand eingreift, dann werden vielleicht diese Standorte für verschiedene Branchen zufällig irgendwo verteilt. Wenn jetzt einzelne Regierungen anfangen, diese Branchen anzulocken oder zu versuchen, sie bei sich zu etablieren, dann gehen die woanders verloren. Das ist dann für diese anderen Länder eben nachteilhaft. Und aus meiner Sicht ist das genau das, was wir im Moment sehen. Da ist halt die Gefahr, dass wir solche Schlüsselbranchen wie Mobilitätsindustrie, möglicherweise aber auch Chemie in Deutschland verlieren könnten oder in Europa verlieren könnten und dann eben auch die nächsten technologischen Schritte nicht mehr unbedingt hier machen würden.

Marco Herack:

Ja, das ist ja das große Problem, wenn wir über dieses Thema Deindustrialisierung in Deutschland reden, dass wir mit einhergehender Deindustrialisierung, also wenn sie denn dann stattfindet, auch die Fähigkeit zur Innovation verlieren.

Sebastian Dullien:

Genau das ist ja, worum es geht. Und wenn wir uns angucken Deutschland ist ja bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt gar nicht so schlecht. Wir geben inzwischen ziemlich viel dafür aus. Wir sind über dem EU-Ziel, was eigentlich angesetzt war. Wenn wir aber tiefer reingehen, dann ist relativ viel davon tatsächlich auch an die Automobilindustrie zum Beispiel angekoppelt. Oder die Automobilindustrie gibt das Geld aus, um es anders auszudrücken. Und diese Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden möglicherweise nicht mehr hier, wenn wir keine Automobilindustrie mehr hätten.

Marco Herack:

Aber auch die Rüstungsindustrie hängt da ja dran. Die haben ja nicht umsonst Automobilzulieferer mit den ganzen Sensoren und dem ganzen Kram. Also das sind ja sogar überlappende Industrien in der Hinsicht. Und dann auch sicherheitsrelevant.

Sebastian Dullien:

Genau. Also wenn man selber keine Autos mehr bauen kann, ist es wahrscheinlich auch schwierig, Truppentransporter zu bauen.

Marco Herack:

Jetzt haben wir im Dezember letzten Jahres gesehen, dass China aber auch durchaus bereit ist, ziemlich Hardball zu spielen, wenn es um diverse Sachen geht. Da haben sie dann einem der Drohnenhersteller, einem der größten Drohnenhersteller der USA, quasi die Batterieproduktion unterm Hintern weggezogen. Und die haben jetzt Riesenprobleme. Also da sieht man ja im Grunde eine Frage aufploppen, die da heißt: Es ist nicht nur die drohende Deindustrialisierung, sondern es ist halt auch

eine Sicherheitsfrage zu sagen, wir müssen Produktion in Deutschland halten und wie kriegen wir das hin? Also wie werden wir da nicht erpressbar?

Sebastian Dullien:

Ich würde jetzt hier gerne eine kleine Korrektur machen bei dem, was du gerade gesagt hast. Es geht hier nicht um Deutschland aus meiner Sicht, sondern es muss schon um die Europäische Union gehen, weil Deutschland eigentlich als Markt zu klein ist, um all diese Dinge bei uns zu halten. Für die Europäische Union würde ich das nicht so sehen. Der Markt ist eigentlich groß genug, dass man schon sagen könnte und sollte, dass man Kapabilitäten, so nenne ich das immer ganz gerne, also die Fähigkeit, bestimmte Dinge zu machen. Da sollte man aufpassen, dass man die in Europa noch behält.

Marco Herack:

Also da würde ich dir sofort zustimmen. Das würde aber bedeuten, wir reden jetzt über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen für Deutschland, dass dann so ein Bundeskanzler auch bereit ist mal zu teilen mit anderen Ländern. Also dass man sagt, der eine macht das, der andere das und nicht immer nur in nationalen Egoismen denkt.

Sebastian Dullien:

Ja klar. Und das ist, das steht da auch drin in dem Report. Hoffentlich auch deutlich genug. Wir haben einen relativ großen Teil auch zur Industriepolitik. Wir sagen, man braucht eine Industriepolitik, um sowohl diese sicherheitsrelevanten Branchen als auch die innovationspolitisch notwendigen und wichtigen Branchen in Europa zu halten. Und diese Industriepolitik darf nicht national sein, sondern sie muss europaweit aufgestellt und organisiert werden.

Marco Herack:

Da gab es bisher recht wenig.

Sebastian Dullien:

Ja, es gab so Anfänge davon. Es gab ja die Projekte mit besonderem europäischem Interesse, wo jetzt auch die Chipindustrie drunter gefallen ist. Im ‚Net-Zero Industry Act‘ gab es Ansätze dafür, wie man so was machen könnte. Das Problem war, dass da auch kein Geld bereitgestellt wurde. Dass man eben bei ganz vielen der Dinge. Es hat sich ein bisschen verschoben. Bei ‚NextGen EU‘. Aber davor war es so, dass die EU so langsam sich wegbewegt hat von der Idee, keine Industriepolitik zu machen, zu einer Idee: Ja, wir brauchen vielleicht eine Industriepolitik. Und das ist aber kein eigenes Geld hatten und reinstecken wollten, haben sie gesagt. Ja, wir erlauben jetzt den Mitgliedstaaten, das stärker zu machen. Und dann war das Ergebnis, dass die reichen Mitgliedsstaaten so was tun konnten und die nicht so reichen, nicht. Und das hat wieder zu Problemen auch im Binnenmarkt geführt. Und da müsste man das Ganze einfach stärker europäisch organisieren.

Also eventuell machen wir dazu mal eine andere Folge. Noch mal zur Industriepolitik. Ich hatte dazu auch in ‚Intereconomics‘ vor einiger Zeit was geschrieben. Weil jetzt ist es eigentlich nur ein Teil von unseren Herausforderungen. Aber ich glaube, dieses Umdenken bei der Industriepolitik, das sollte in Deutschland passieren, das muss auch passieren. Wir sehen ja jetzt schon, dass da auch im Grunde wieder

zurückgerudert wird. Da wird jetzt gesagt: Na ja, also Intel baut jetzt keine Chipfabrik, die sollten eigentlich subventioniert werden. Haha. Industriepolitik ist gescheitert. Da seht ihr, man darf so was gar nicht machen. Statt zu sagen: Na ja, gut, ist ja eigentlich kein Schaden passiert, da ist kein Geld an Intel geflossen. Die bauen jetzt nicht. Wir wollen trotzdem Chips vielleicht hier haben. Dann lass uns das noch mal anders machen.

Marco Herack:

Genau. Also das ist ja auch so eine ewige Diskussion bei diesen Subventionen, dass man sehr gerne in der Politik hergeht und große Einzelprojekte macht, aber eher selten in Ökosystemen denkt. Also in wirtschaftlichen Ökosystem, wo die Dinge dann zusammenspielen. Also gerade in der Chipproduktion ist es ja extrem wichtig, weil sonst ist man im Grunde nur noch dabei, nachzuschließen und die Dinge am Laufen zu halten. Und das sind aber auch alles Sachen, die wissenschaftlich ganz gut ausgearbeitet sind. Und gerade dieses Scheitern der Chipfabrik oder vorläufige Scheitern, das ist ja aktuell erst, wenn man wir ganz korrekt sind, von Intel aber auch anderen, sollte eigentlich eher dazu führen, dass man noch mal die Chance ergreift, anders zu denken. In der Hinsicht

Sebastian Dullien:

Ja. Wobei natürlich Chipproduktion auch nicht ohne Großprojekte auskommen wird. Also du musst es klar ins Ökosystem einbinden, aber Chipproduktion ist halt schon was relativ teures.

Marco Herack:

Ja, aber die Frage ist ja schon, ob wir die Cutting Edge-Chips brauchen oder ob wir uns nicht auch auf den Mittelbau konzentrieren und solche Geschichten. Also da gäbe es, glaube ich, schon sehr viele Ansatzpunkte, die ein bisschen da rausgehen. Ich würde aber, wir haben ja noch ein paar mehr Themen hier auf der Platte, gerne zur Dekarbonisierung überleiten, weil das ist ja auch ein ganz interessantes Feld, in dem ein Teil der Problematik für Deutschland auch dadurch entsteht, dass in China quasi Solarpanels oder nicht nur Solarpanels, sondern auch Solarzellen mit Kohle in Xinjiang hergestellt werden und dann weiterverkauft werden. Und das zu konkurrenzlos günstigen Preisen, wo man dann wieder sagt, klar, natürlich ist das hier in Deutschland teurer usw., aber damit kann man nun wirklich gar nicht konkurrieren, außer man organisiert es.

Sebastian Dullien:

Ich meine, das ist eines der zweiten Probleme und im Grunde ist das ja auch ein geostrategisches / geoökonomisches Problem. Die Energiepreise in Deutschland sind einfach heute viel viel höher als vor fünf Jahren. Und jetzt wird immer gerne gesagt: Haha, das war irgendwie die Ampel und Robert Habeck mit seinen Dekarbonisierungsfantasien und seinen was immer Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber es stimmt natürlich gar nicht. Wenn man wirklich reinguckt, dann ist da ein ganz großer Faktor und das ist der Preisanstieg durch Russlands Ukraineinvasion. Russland hat ja schon kurz vor der Invasion den Gashahn zugekehrt. Dann sind die Preise zuerst hochgegangen, dann sind die Pipelines gesprengt worden. Jetzt wird praktisch kein Gas mehr aus Russland nach Europa geliefert. Also vor allem, nachdem da die

letzten Transitstrecken durch die Ukraine dichtgemacht worden sind. Und dadurch ist der Gaspreis bei uns viel höher als vorher. Also das wird immer gern gesagt: Vorher war Gas super billig hier. Das stimmt überhaupt nicht. Also Gas war vorher die letzten zehn Jahre auch teurer als in den USA. Aber es war bezahlbar. Es war so knapp unter 20 € die Megawattstunde und im Moment ist es ja wieder deutlich gefallen ist. Es ist knapp 50 €. Das heißt, es ist mindestens das Doppelte, vielleicht eher das Zweieinhalbfache des Gaspreises davor. Und damit wird es dann schon schwierig, bei energieintensiven Industrien zu konkurrieren.

Das schlägt sich auf den Strommarkt durch, weil mit Gas die Grenzlast, wie man sagt, hergestellt wird. Also Gaskraftwerke springen ein, wenn die anderen Kraftwerke und die erneuerbaren Energien nicht genug leisten können. Und dann setzt dieser Gaspreis den ganzen Marktpreis. Und das hatten wir ja schon 2022/23. Als der Gaspreis so extrem teuer geworden ist. Ein Phänomen, was wir dauerhaft in diesem Strommarkt haben und von daher ist der Strom teuer und der Strompreis ist schwankungsanfällig. Die Unternehmen sagen: Na ja, also bei den Rahmenbedingungen wissen wir nicht, ob wir noch in Deutschland investieren sollen. Aus unserer Sicht, das sagen übrigens auch Leute, wenn man den Leuten vom BDI spricht. Die sagen einem auch, das große Problem ist, diese Unsicherheit bei den Strompreisen. Deshalb sagen wir: Man muss den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, man muss die Netze ausbauen, man muss sie auch so ausbauen, dass das einigermaßen kostengünstig stattfindet. Man muss vielleicht auch überlegen, was man staatlich und was man privat macht. Weil der private Ausbau der Netze ist von daher recht teuer, weil die sehr viel Kapitalrendite umlegen dürfen und dann quasi abrechnen dürfen. Wir sagen auch, man braucht so was wie eine verlängerte Strompreisbremse, die also einen Höchstpreis für Strom einzieht, damit diese Preisspitzen rausgenommen werden, damit eine gewisse Planungssicherheit entsteht.

Marco Herack:

Ich glaube, wir müssen uns aber schon davon verabschieden, überhaupt zu glauben, wir könnten jetzt in Sachen Preis da mit China wirklich konkurrieren, sondern wir müssen möglichst niedriges Level Playing Field schaffen.

Sebastian Dullien:

Ja, genau. Wir können nicht über niedrigere Preise mit China, aber auch nicht mit den USA konkurrieren. Auch nicht absehbar mit anderen Weltregionen, die sehr günstige Energie haben. Das heißt, bestimmte ganz starke energieabhängige Produktionen werden möglicherweise überwiegend nicht mehr in Europa stattfinden oder nicht mehr in Deutschland zumindest. Da muss man sich die Frage stellen: Welche Abhängigkeiten möchte ich in Kauf nehmen und wo fördere ich vielleicht doch noch eine gewisse Produktion in Europa, um im Ernstfall nicht allzu abhängig zu sein.

Also ich mache mal ein Beispiel. Kunstdünger. Kunstdünger ist sehr energieintensiv. In der Produktion wird zurzeit von einigen Ländern wie Russland, China, ich glaube Saudi Arabien produziert es auch, hergestellt. Die Frage ist, möchte man sich vollständig abhängig machen von diesen Ländern? Wenn wir keinen Kunstdünger haben, ich führe das mal weiter aus, können wir in der Landwirtschaft, wie wir sie

heute betreiben, wahrscheinlich die europäische Bevölkerung nicht mehr selber ernähren. In einer Welt der geopolitischen Spannungen möchte man vielleicht bei diesen Dingen nicht allzu erpressbar sein. Und dann müsste man eben gucken, ob man in diesen Bereichen auch andere Möglichkeiten findet, dass eben so eine Grundproduktion in Europa bestehen bleibt. Das können Subventionen sein, das können Quoten sein, aber das muss auch wieder europäisch geklärt werden. Ist allerdings eher, würde ich sagen, so ein Nebenpfad der der Diskussion, die wir jetzt haben über die Wirtschaftspolitik in Deutschland 2025.

Marco Herack:

Ich finde das extrem wichtig, weil das so die Grundlage für eine erweiterte Zukunft ist. Also im Grunde sagen wir ja: Entweder wächst Europa jetzt zusammen, oder es wird zerrieben zwischen den Mächten. Und genau das war ja schon in den 2000ern eines der Hauptargumente für Europa. Und das ist völlig aus dem Blick geraten in den letzten Jahren. Sicherlich auch mit Aufstieg des zunehmenden Nationalismus in Europa, aber auch weltweit. Aber jetzt reden wir halt sehr akut drüber in einer Notlage.

Sebastian Dullien:

Was heißt Notlage? Ich bin mir eben nicht sicher, ob alle Leute das schon als Notlage sehen, aber zumindest in einer Welt, wo es deutlicher wird, was dieses Zerrieben werden zwischen den anderen Blöcken bedeuten könnte.

Marco Herack:

Aber das heißt natürlich alles Kosten. Also das würde dann in der Konsequenz, auch ein ganz beliebtes Thema in Deutschland, bedeuten, dass man vielleicht auf europäischer Ebene auch Schulden machen müssen könnte, weil sonst müsste ja jedes Land das einzeln regeln.

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, das wird man müssen. Und da werden wir auch noch mal demnächst drüber reden. Das werden wir wahrscheinlich auch für Verteidigungsfragen in Europa tun müssen. Also wir müssen noch mal darüber nachdenken, was man europäisch klären kann und muss. Und wahrscheinlich reicht es auch nicht, da einfach nur Kredite aufzunehmen, sondern Kredite müssen ja irgendwie auch bedient werden. Und da muss man sich noch mal sehr genau drüber unterhalten, wie möglicherweise auch die europäische Ebene dann eine bessere Einnahmenposition mittel und langfristig bekommen kann, um die Kredite, die man jetzt für sowas aufnimmt, auch zu bedienen.

Marco Herack:

Das ist ja wirklich sehr grundsätzlich.

Sebastian Dullien:

Ja. Der Punkt ist: Ein weiter so ist eigentlich keine gute Lösung im Moment. Da, wo wir jetzt stehen und das sagen zwar alle möglichen Leute in der Diskussion immer wieder, aber ich glaube, dass diese geostrategischen und geopolitischen Verschiebungen tatsächlich eine neue Qualität angenommen haben und dass man da vernünftig drüber nachdenken muss. Und das schreiben wir auch in dem Report. Eben nicht jetzt einfach die Analysen und Lösungsvorschläge der frühen 2000er Jahre der

Agenda 2010 wieder aus der Schublade ziehen kann, sondern man muss wirklich gucken, was für Probleme hat Deutschland und was können wir da machen, um das zu ändern?

Marco Herack:

Was machen wir denn mit den Fachkräften, die uns fehlen? Ich weiß nicht. Seitdem ich denken kann, höre ich das. Und sie fehlen immer noch.

Sebastian Dullien:

Ja, bei den Fachkräften. Das ist ja eher eine perspektivische Sache. Wenn die Wirtschaft stagniert oder sogar schrumpft, dann haben wir gar nicht so ein großes Fachkräfteproblem. Das ist jetzt ein bisschen zynisch. Aber natürlich ist das auch für den Standort Deutschland wichtig, dass da eine Perspektive ist, dass die Fachkräfte da sind. Und da müssen wir einmal gucken, dass wir mit denen, die im Land leben, dass die vielleicht doch an der einen oder anderen Stelle die Möglichkeit haben, ein bisschen mehr zu arbeiten. Also da geht es auch um Frauenerwerbstätigkeit, die absolut unzuverlässige Kinderbetreuung, die behindert jetzt eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Übrigens hat das auch immer so ein Echo-Effekt. Also die Frauen, die aus dem Job ausgeschieden sind mit kleinen Kindern und dann meinetwegen sechs Jahre, acht Jahre nicht richtig im Beruf waren nur im Minijob. Die kehren auch nicht wieder mit vernünftiger Vollzeit oder Teilzeit in Nähe der Vollzeit wieder zurück.

Dann haben wir ganz viele Menschen im Land, auch zunehmend junge Menschen, die keine Ausbildung haben. Da muss man dran. Das ist eine Frage des Bildungssystems, da muss man auch gucken, wie kann man jetzt die Geflüchteten, die im Land leben, schneller integrieren. Da ist wahrscheinlich bessere Betreuung notwendig, auch bessere Angebote. Dann kann man ein bisschen auf KI setzen. Muss man gucken, dass man die ausreichend einsetzt, um, also ich glaube nicht, dass die sehr viele Menschen tatsächlich ganz ersetzen wird. Aber als Unterstützung kann sie natürlich helfen, dass man möglicherweise Zeit freiräumt für andere Tätigkeiten bei den Fachkräften. So, das sind die Dinge, die wir da angesprochen haben, die man da machen müsste.

Marco Herack:

Digitalisierung ist ja sicherlich auch ein großes Thema.

Sebastian Dullien:

Ja, genau. Digitalisierung, da gilt vieles, was ich zur KI gesagt habe, also Digitalisierung kann auch beim Fachkräftemangel massiv helfen. Also fängt auch an durch wirklich durch alle Branchen. Wenn ich mir den Gesundheitsbereich angucke und da sehe, wie das jetzt stattfindet. Wenn jemand aus dem Altenheim ins Krankenhaus kommt und dann werden erst mal von dem einen elektronisch ausgedruckten Formular, werden die Medikamente in das nächste überführt und das dauert, dann weiß ich nicht wie lange, weil das muss dann alles besprochen werden. Wenn man da diese Schnittstellen richtig schafft, dann wird Zeit von dem Klinikpersonal frei, was anderes zu machen. Oder man bräuchte einfach ein bisschen weniger Personal vielleicht sogar.

Marco Herack:

Gerade bei Digitalisierung wundere ich mich insofern immer, dass man da nicht viel mehr rangeht, als dass wir da ja explizit vorerst keine Arbeitsplätze vernichten werden, sondern erstmal nur überlastete Leute entlasten werden. Also da würde man sich ja eigentlich auch vom Staat dann doch viel mehr Mut erwarten. Aber reden wir auch seit Jahrzehnten drüber.

Sebastian Dullien:

Ja klar, dass da zu wenig passiert ist richtig. Aber auch beim Staat. Aber ehrlich gesagt ist es auch nicht nur der Staat, sondern wenn wir in kleine und mittlere Unternehmen reingehen. Die sind auch nicht alle digitalisierungsaffin.

Marco Herack:

Ja gut, klar, weil wenn der Staat das schon nicht macht, warum sollen die dann nachziehen?

Sebastian Dullien:

Naja, sie könnten ja auch vorziehen.

Marco Herack:

Ja, ich weiß, aber ich glaube, das ist halt so ein deutsches Mindset. Also da braucht es so auch jemanden, der vorgeht und der dann auch so diesen Mut zeigt. Und das wäre halt dann in diesem Fall die Regierung, wenn es nicht aus der Wirtschaft kommt. Wobei man ja natürlich auch sagen muss, es gibt auch viele Unternehmen, die da echt viel gemacht haben und das sollte man dann auch wieder nicht kleinreden. Aber Infrastruktur ist dann so dieses Überthema und da haben wir in diesem Podcast hier schon sehr, sehr lange drüber geredet. Aber da braucht es erstmal eine neue Regierung und dann gucken wir mal, was die tut in Sachen Infrastruktur.

Sebastian Dullien:

Das ist ja auch noch einer der Punkte, die auch noch in dem Report drin stehen, dass es wahrscheinlich jetzt deswegen nicht angesprochen, weil wir das hier immer wieder schon bis zur absoluten Ermüdung vorgetragen haben. Deutschland hat ein Problem mit der Infrastruktur, mit der Verkehrsinfrastruktur, mit der Energieinfrastruktur. Und wir hatten ja mit dem Institut der deutschen Wirtschaft zusammen erst im Mai diesen Jahres diese Investitionslücke auf 600 Milliarden € über die nächsten zehn Jahre geschätzt, also 600 Milliarden €. zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand sind danach notwendig, um eben die Infrastruktur wieder auf den Stand zu bringen, den Deutschland eigentlich fürs 21. Jahrhundert braucht. Und das fordern wir natürlich jetzt auch noch mal oder sagen das ist jetzt auch noch mal notwendig und weisen darauf hin, dass dafür die neue Regierung, auch da haben wir lange drüber gesprochen oft drüber gesprochen. Von daher müssen wir es vielleicht nicht vertiefen. Eine Reform der Schuldenbremse jetzt tatsächlich angehen sollte und müsste.

Marco Herack:

Ich glaube es ist auch besser, wenn wir.. das haben wir wirklich so zum..

Sebastian Dullien:

Sag es ruhig!

Marco Herack:

Ich kanns auch selber nicht mehr hören. Wirklich, das ist so ein absoluter No brainer. Was mich aber ein bisschen überrascht hat im Report war die Geld- und Fiskalpolitik. Also ich meine nicht wirklich überrascht, weil ich kenne dich ja jetzt schon ein Weilchen, aber das ist ja eigentlich nichts, wo der Staat wirklich was tun kann, sondern das macht die Notenbank ganz unabhängig von allen. Und da kann man sicherlich mal ‚Hallo‘ rufen und empfehlen, aber da hat man wenig Einflussmöglichkeiten. Theoretischer Natur zumindest.

Sebastian Dullien:

Ja, wir haben ja auch bei der Regierung möglicherweise nicht so viel Einflussmöglichkeiten, sondern als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geben wir Ratschläge, wie Wirtschaftspolitik besser gemacht werden sollte. Und da gehört natürlich die Geldpolitik dazu, denn die Geldpolitik hat jetzt eigentlich aus unserer Sicht zu langsam auf die fallende Inflation reagiert, hat die Zinsen zu lange hochgehalten und das bremst natürlich das Wachstum zusätzlich. Und was wir auch in früheren Schwächephasen gesehen haben: Wichtig ist einfach, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ungefähr da zu halten, wo auch die Produktionskapazitäten sind. Sonst kommt es zu sich selbst erfüllenden Effekten. Und das passiert gerade in Deutschland nicht. Sowohl bei der Geldpolitik als auch bei der Fiskalpolitik nicht. Also die Geldpolitik ist zu strikt, habe ich schon gesagt. Deswegen geht es ja auch der Bauwirtschaft im Moment nicht gut. Es wird zu wenig gebaut.

Und die Fiskalpolitik? Seit dem Verfassungsgerichtsurteil 2023 bremst die Finanzpolitik. Und auch das ist im Moment falsch. Insbesondere wenn man sagt wir sind in einer Situation, wo die Exportmärkte unter Druck sind. Da müsste man politisch eben versuchen, über diese beiden Hebel die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Inland wenigstens so hochzuhalten, dass von daher die Kapazitäten einigermaßen ausgelastet sind. Und das passiert gerade nicht. Ist übrigens wieder eine Parallele zu der langen Stagnationsphase Anfang der 2000er Jahre, wo auch die deutsche Finanzpolitik das Gegenteil von einer angemessenen Finanzpolitik gemacht hat, sondern die haben auch damals in die Konjunkturschwäche, in die Wirtschaftsschwäche hinein weiter gebremst. Da ist man sich, glaube ich, international inzwischen einig, dass das absolut falsch ist.

Marco Herack:

Ja, da würde ich einen kleinen Widerspruch geben. Jetzt haben wir ja aktuell die Situation: Es gab eine sehr starke Währungsabwertung im Euroraum. Der Euro ist zum Dollar sehr stark gefallen. Das haben wir erst mal jetzt Donald Trump und seiner Zolldrohung zu verdanken. Also das wird jetzt quasi vorweggenommen. Man könnte fast sagen, da sind schon 10 %, die man da gut gemacht hat. Und solange die Zölle nicht da sind, ist das ja erst mal konjunkturfördernd. Da könnte die EZB ja schon wieder auf die Idee kommen: Oh, oh da droht dann auch Inflation, wenn da nicht bald die Zölle hinterherkommen.

Sebastian Dullien:

Na ja, also die Prognosen der Europäischen Zentralbank deuten ja jetzt nicht auf eine steigende Inflation hin, Also die eigenen Prognosen, die die sie selber machen, deuten bisher, und jetzt kannst du sagen, wir haben danach noch eine gewisse

Abwertung gesehen, aber die sind sehr weit davon weg, dass wir eine Inflation hätten und eine Überauslastung der Kapazitäten. Von daher halte ich das für ein bisschen konstruiert. Bevor die das so argumentieren, sollten Sie bitte in ihren eigenen Vorhersagen das, was Sie da argumentieren, auch abbilden.

Marco Herack:

Ja, aber das hatten wir ja letztes Mal auch. Da wird dann einfach das Gegenteil gemacht von dem, was man selber noch argumentiert hat, als dann der Druck zu groß wurde.

Sebastian Dullien:

Ja. Sagen wir so was wir hier machen, ist ja keine Beschreibung von dem, was wir erwarten, was die Europäische Zentralbank tut, sondern wir sagen: Was sollten sie eigentlich tun, wenn man eine sinnvolle und vernünftige Geldpolitik macht? Da wäre es eben schon sinnvoll, ein bisschen zügiger voranzugehen. Und du hast recht, dass die Abwertung des Euro da im Moment ja ein bisschen möglicherweise auf der Exportseite hilft und für ein bisschen mehr Inflation sorgt im Inland und deshalb das marginal verschiebt. Aber man darf auch nicht vergessen Der Dollar hat auch gegen andere Währungen aufgewertet. Wir importieren nicht nur aus den USA, und die Eurozone ist insgesamt eine relativ geschlossene Volkswirtschaft.

Marco Herack:

Jetzt ist ja die Frage, was aus all dem vielleicht auch für die Diskussionen folgt, weil im Grunde haben wir ja jetzt schon selber gesagt, das sind alles so die Probleme, aber so richtig in der öffentlichen Debatte ist uns das noch nicht so angekommen. Haben wir so den Eindruck. Das heißt, die öffentliche Debatte müsste wesentlich konzentrierter und komplexer werden in der Hinsicht?

Sebastian Dullien:

Ja, aus meiner Sicht schon. Man kann hoffen. Ich weiß jetzt nicht, ob man noch erwarten kann, dass das in den nächsten, was haben wir noch? Sechs Wochen...

Marco Herack:

Vor der Wahl vielleicht nicht...

Sebastian Dullien:

...passiert, aber es wäre ja sehr hilfreich, wenn das zumindest in den Koalitionsverhandlungen dann anerkannt wird. Und was da ein bisschen Hoffnung bereitet, ist ja, dass wir zum Teil Wahlprogramme haben, die offensichtlich so absolut realitätsfern sind, dass man offensichtlich über was anderes reden muss, wenn die Wahl vorbei ist. Also wenn ich mir die Steuerentlastung, die zum Beispiel die Union und die FDP, die die ohne Vorschläge der Gegenfinanzierung in ihrem Wahlprogramm stehen haben. Wenn man die so nimmt, dann ist einfach absehbar, dass das so in der Kombination, auch mit dem Festhalten an der Schuldenbremse, die auch da drin steht, dass das so nicht kommen kann und dass wir möglicherweise über ganz, ganz andere Dinge nach der Wahl reden.

Das ist ja übrigens auch 2005 so ähnlich gewesen bei den Wahlen. Die Union war für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um Sozialversicherungen zu finanzieren. Die SPD hat gesagt, wir erhöhen die Mehrwertsteuer nicht. Und ich glaube, die Union wollte 2 Prozentpunkte haben.

Marco Herack:

Genau. Und dann sind es 3 Prozent geworden.

Sebastian Dullien:

Dann sind es 3 geworden aber es hat keine Entlastung auf der Sozialversicherungsseite gegeben. Und es hat eigentlich auch nichts gegeben von den angebotsseitigen Reformen, die die Union damals im Wahlprogramm hatte. Und manche Leute im Unionsumfeld, wenn man mit denen redet, die sagen: Ja, die Union ist eigentlich keine Programmpartei, sondern sie ist eine Regierungspartei, so historisch, und von daher ist das gar nicht so wichtig, was jetzt ins Programm geschrieben wird.

Marco Herack:

Ja, damit hätten wir dann noch mal erklärt, warum die Leute der Politik nicht vertrauen.

Ist ja auch eine Herausforderung für das nächste Jahr vielleicht. Aber ich glaube auch, dass wir eher auf die Zeit nach der Wahl hoffen müssen, wenn wir wollen, dass etwas besser diskutiert wird, als es aktuell wird.

Ungeachtet dessen also das, was wir jetzt gerade besprochen haben, auch bei allen Scherzen zwischendrin, das ist nicht wirklich lustig, das ist richtig Kärnerarbeit und das wird uns einiges kosten, nicht nur finanzieller Natur, sondern da wird auch einiges an Umbauarbeit notwendig sein, um das hinzukriegen.

Sebastian Dullien:

Ja, auf jeden Fall. Und das steht jetzt so in dem Report nicht drin, aber ich kann mich nicht erinnern, dass schon mal eine Bundesregierung mit dem Amtsantritt bereits so viele und große Herausforderungen vor sich hatte wie die nächste.

Marco Herack:

Und Rüstung hast du noch nicht mal reingeschrieben.

Sebastian Dullien:

Rüstung hatten wir noch nicht mal reingeschrieben, nein.

Marco Herack:

Vielleicht unter Infrastruktur?

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, Rüstung haben wir da noch nicht drin. Aber die ganze Verteidigungsfrage. Wir haben jetzt über die Weihnachtsfeiertage schon Signale aus Washington gesehen. Wir haben, ich weiß nicht, wie ernst es ist, aber offensichtlich gab es Berichte, dass Leute aus Trumps Team bereits den Europäern gesagt haben, dass sie die Verteidigungsausgaben auf 5 % des Bruttoinlandsprodukts als NATO Ziel hochfahren sollten.

Marco Herack:

Ja und durchblicken lassen haben: Bei 3,5 % könnte man sich setteln. Woraufhin Habeck dann am Wochenende nachgeschoben hat: 3,5 % Verteidigungsausgaben wären ja eine gute Idee. CSU ist irgendwie bei perspektivisch 3 %. Also da sieht man schon, dass eine gewisse Bereitschaft da ist, zu investieren. Sagen wir es mal so. Abwarten, was da kommt. Aber es bedeutet natürlich auch, dass dieses Geld dann für andere Sachen nicht da ist. Also das ist so dieser altbekannte Konflikt, den wir ja auch immer wieder besprochen haben.

Sebastian Dullien:

Genau. Also wir reden jetzt, selbst wenn wir jetzt auf 3,5 % gehen würden. Wir waren jetzt bei knapp über zwei im vergangenen Jahr. Davon war allerdings relativ viel noch aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Das heißt on top zu dem Sondervermögen Bundeswehr würden wir noch mal über 60 Milliarden € pro Jahr reden. Mindestens. Und wenn das Sondervermögen ausläuft, dann fehlen da auch noch mal 40 Milliarden oder so an Finanzierungsvolumen. Also wir reden hier tatsächlich perspektivisch gegen Ende der Legislaturperiode über 100 Milliarden zusätzliche Verteidigungsausgaben pro Jahr, die nicht finanziert sind.

Marco Herack:

Wollen wir an der Stelle Schluss machen? Das ist ja fast zu schön. Jetzt hängen wir alle in der Luft und fragen uns, wie das alles gehen wird. Sebastian Dullien Danke schön für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Ja, danke Marco, für die schöne Moderation.

Marco Herack:

Ach ja. Wir wollten das ja glaube ich, auch beide etwas fröhlicher starten. Aber ich.. Manchmal macht es ja auch Sinn, über die anstehenden Probleme zu sprechen und dann zu gucken, was alles machbar ist, weil auch daraus kann ja schon sehr viel entstehen. Und mein Plädoyer an dieser Stelle ist immer zu sagen: Wir gucken ja immer sehr viel auf uns selbst und wie schlecht es bei uns läuft. Andere Länder haben es auch nicht leicht. Und das ist halt auch immer unsere Chance, wenn wir es schon einen Tick besser machen, daraus einen Vorteil zu erlangen. In dem Sinne: Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann könnt ihr sie uns gerne einsenden systemrelevant@boeckler.de ist die E-Mail-Adresse. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei und wir freuen uns natürlich, wenn uns in eurem Podcast eurer Wahl abonniert.

Dann wünschen wir euch einen guten Start in 2025. Euch eine schöne Zeit und bis demnächst. Tschüss!